

BALL lehnt Strompreis- erhöhung ab

Die Stadtvertretung hat auf ihrer Dezembersitzung mit den Stimmen von CDU, FWB, SPD und Grünen eine Erhöhung der Strompreise um rd. 1.5 % beschlossen. Wenn auch dieses Mal von den Stadtwerken der Hauptteil der Erhöhung aufgefangen wurde, so haben sich die Strompreise für die Verbraucher in den letzten 20 Jahren verdoppelt, und steigende Strompreise treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders stark. Deshalb lehnte die BALL-Fraktion sowie eine SPD-Stadtvertreterin die Erhöhung aus sozialen und grundsätzlichen Erwägungen ab.

Stadtvertretung

BALL weiter- hin für öffentliche Sitzungen

Die Beschlüsse der Stadtvertretung werden normalerweise in den Ausschusssitzungen vorbereitet. Diese sind maximal öffentlich abzuhalten, damit die Bürgerinnen und Bürger die Diskussion und Argumentationen verfolgen können. Nur mit besonderer Begründung, z. B. wenn personengeschützte Daten erwähnt werden, sollen Themen in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werden. Das sind demokratische Selbstverständlichkeiten. So will es die Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein. Im Gegensatz dazu hat sich im Barmstedter Rathaus eine Tendenz entwickelt, wichtige Themen außerhalb der Ausschusssitzungen in nicht-öffentlichen „Arbeitsgruppen“ der Fraktionen vorzubereiten und abzusprechen. Im Ergebnis erfolgen dann in den Ausschusssitzungen – wenn überhaupt – eher Scheindiskussionen. Die Ausschusssitzungen werden entwertet. Die BALL hat diese Tendenz wiederholt kritisiert und verlangt, dass alle wichtigen Themen primär in den Ausschüssen zu behandeln sind, und zwar maximal öffentlich – damit die Menschen sehen, was im Rathaus geschieht und so zu anstehenden Plänen und Entscheidungen rechtzeitig Stellung beziehen können.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Anliegerbeiträge abschaffen!

Zum Haushaltsplan der Stadt Barmstedt für das Jahr 2018 gab die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung u. a. folgende Stellungnahme ab: „Das angesammelte Defizit im Verwaltungshaushalt soll 6.53 Mio. Euro Ende 2018 betragen, wahrscheinlich weniger durch einen verbesserten Jahresabschluss 2017, durch eine Fehlbetragszuweisung oder eine größere Unterstützung durch die Stadtwerke. Vielleicht wird das Defizit aber



Dr. Günter Thiel

auch größer werden, wenn die ungezügelteren Marktkräfte auf einen Crash zu laufen. Wenn man die Medien verfolgt, liest man über etliche Blasen, die zu platzen drohen: Immobilien, Bitcoin, Anleihenmarkt – es herrscht Ratlosigkeit, keiner weiß es, aber im Falle werden die Auswirkungen bis in jedes Dorf gehen. Von der akuten Gefahr eines großen Krieges in verschiedenen Regionen ganz zu schweigen. 6.5 Mio. Euro Defizit – die Stadt Barmstedt kommt aus eigener

Kraft nicht wesentlich aus der Finanznot heraus. 6.5 Mio. trotz relativ guter Konjunktur, trotz sehr hoher Steuersätze und vielfältiger Gebühren und Beiträge der Bürger, trotz hoher Unterstützung durch die Stadtwerke, trotz des Einfrierens und damit der realen Kürzung aller sog. freiwilligen Ausgaben für Soziales, Schulen, Kultur und Sport seit 1996. Von etlichen Leerstellen im Haushalt ganz zu schweigen: z. B. Förderung des sozialen Wohnungsbaus für bezahlbare Mietwohnungen – Fehlanzeige. Die Schulkinderbetreuung an den Grundschulen bedarf der zukunfts-trächtigen Absicherung, so eine angemessene räumliche Unterbringung.

Das Haushaltsdefizit wird mit Sicherheit weiter ansteigen, wenn die Eltern ihren Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wahrnehmen und die Stadt die Zuschüsse für die seit langem überfällige neue Kita tragen muss.

Und das Defizit wird weiter ansteigen, wenn die geplanten wichtigen Investitionen finanziert werden müssen. Z. B. beim Straßenausbau: Die BALL hat sich immer wieder gegen die hohen Anliegerbeiträge beim Straßenausbau ausgesprochen. Wir haben angekündigt, dass wir in Barmstedt die Abschaffung der Anliegerbeiträge beantragen werden, sobald das Gesetz auf Landesebene in Kraft tritt, das es den Gemeinden freistellt Anliegerbeiträge zu erheben. Selbstverständlich müssen die Gemeinden, vor allem die finanzschwachen, vom Land einen entsprechenden Ausgleich für den Wegfall der Anliegerbeiträge erhalten. Dafür gibt es ja auch schon eine ganz schöne Bewegung. Die Finanznot vieler Kommunen ist groß. Die BALL akzeptiert



nicht den finanzielle Rahmen, in den durch die Politik der Landes- und Bundesregierung die Gemeinden reingepresst werden. Die Gemeinden erhalten für die vielfältigen Aufgaben, die ihnen zugeeignet sind, einen zu geringen Anteil am Gesamtsteueraufkommen und dann sind die Gemeinden noch den Schwankungen und Krisen des kapitalistischen Marktes ausgeliefert. Die BALL kann auch nicht die Einschränkungen der kommunalen Demokratie akzeptieren. Wenn die Stadtvertreter oftmals nur wählen können, ob sie Leistungen streichen oder

den Bürgern Mehrbelastungen aufrücken, dann ist der freie Entscheidungsspielraum kaum gegeben.

Zu den diesjährigen Haushaltsberatungen gibt es eine passende öffentliche Diskussion: Cum-ex und cum-cum-Skandale, Panama Papers, Paradise Papers. Es gibt einen einfachen Slogan: Die Löcher in den Haushalten der Kommunen – das sind die nicht gezahlten Steuern der Konzerne und Superreichen.

U. a. Verdi, die LINKE, attac oder Wohlfahrtsverbände haben wiederholt vorgerechnet, wieviele Milliarden Euro auch den Gemeinden jährlich mehr zur Verfügung stehen könnten, wenn der Staat ernsthaft gegen Steuerhinterziehung im großen Stil oder gegen die Reinwaschung von jährlich 100 Mrd. Euro aus organisierter Kriminalität und Verbrechen vorgeht. Oder wenn die legalen Steuerfluchtmöglichkeiten, die von den multinationalen Konzernen genutzt werden, unterbunden würden. Ganz zu schweigen von weiteren vielen Milliarden, die durch eine Erhöhung der Spitzensteuersätze auf Millioneneinkommen oder eine Vermögensabgabe auf gigantische Vermögen eingenommen werden könnten. **Es bedarf einer erheblichen Bewegung für einen grundlegenden Politikwechsel, bei dem nicht die Interessen des ganz großen Geldes im Vordergrund stehen.**

Umweltausschuss berät über Meierei/Käsefabrik

BALL: Schluss mit dem LKW-Lärm!

Mit den Standorten in Barmstedt, dem Trockenmilchwerk in Neumünster und dem zur Zeit noch im Bau befindenden Käsewerk, ebenfalls in Neumünster, ist die Meierei Barmstedt in Zusammenarbeit mit zwei weiteren Meiereien aus Schmalfeld und



Helmut Welk

Wasbek das „größte Milchwirtschaftsunternehmen in Schleswig-Holstein“, so die Kieler Nachrichten Anfang 2017. Die Meierei zählt damit zu den „Schwergeichteten in der deutschen Lebensmittelbranche“. Der Umsatz des durch Millionen Steuergeldern in Form von Agrarsubventionen geförderten Unternehmens lag 2016 bereits bei jähr-

lich über 280 Millionen Euro. Im Rahmen der bundesdeutschen Exportstrategien verdrängt das Unternehmen erfolgreich kleine Meiereien vom EU-Binnenmarkt und verkauft seine Produkte mittlerweile auch weltweit, so in Asien und Mittelamerika.

Obwohl die negativen Auswirkungen, wie z. B. der enorme (kostenlose) Wasserverbrauch und das sehr hohe LKW-Verkehrsaufkommen der Barmstedter Stadtvertretung bekannt waren, genehmigten 2002 und 2006 FWB, CDU und SPD trotzdem den Bau der Meierei in der problematischen innerstädtischen Lage. Die umliegenden Wohngebiete wurden kurzerhand zur „Gemengelage“ umdeklariert, so konnte die höhere Lärmbelastung rechtlich im Sinne der Meierei abgesichert werden. Dass die Meierei zudem keine Gewerbesteuern in den Stadt-



haushalt einbringt, wird auch gerne verschwiegen.

Mehrere hundert LKW-Bewegungen gibt es täglich laut einem Verkehrsgutachten der Stadt auf der Mühlenstraße. Außerdem haben die Anwohner bei Verkehrszählungen (2015) feststellen müssen, dass auf dem Firmengelände täglich an die 390 LKW-Bewegungen stattfinden. Dies ist

verbunden mit Verladegeräuschen, Rangieren, Motorleerläufen, Türenschlagen, Bremsentlüftungen und Motorneustarts. Im Bereich der LKW-Waage, die sich direkt vor den Wohnhäusern in der Mühlenstraße befindet und auf der die LKW's vor und nach der Beladung gewogen werden, entsteht zusätzlicher Lärm wie Aufrücken in der

Schlange und Warten mit Motorleerlauf und laufenden Kühlaggregaten.

Der Bebauungsplan aus dem Jahre 2002 genehmigte für den Meiereibetrieb täglich 125 LKW's / 250 LKW-Bewegungen. Auf den Internetseiten der Meierei sind Produktionszahlen aus dem Jahr 2016 veröffentlicht. Danach wurden von ca. 900 Landwirten 878.000 t Milch angeliefert. Mit der Auslieferung von Käse, Butter, Milch, Milch- und Molkenkonzentraten wurden 2016 zusammen ca. 1,5 Millionen Tonnen mit LKW's an- und ausgeliefert. Dass dies mit 250 LKW-Bewegungen täglich nicht zu bewältigen ist, kann man schnell nachvollziehen.

Die BALL-Fraktion wird im nächsten Umweltausschuss im Februar, zu dem Dipl.-Ing. Volker Ziegler vom Ingenieurbüro für Schallschutz eingeladen wird, diesen Tatbestand zur Sprache bringen und fordern, dass endlich umfangreiche Schallmessungen erfolgen und die im B-Plan festgesetzten Vorgaben von der Meierei eingehalten werden.

Neuer Kindergarten im Westen der Stadt:

Keine weiteren Verzögerungen!

Es hat lange gedauert, aber nun soll endlich eine weitere Kindertagesstätte gebaut werden. Diese Maßnahme ist seit langem überfällig, denn die Wartelisten für Plätze sind immer länger geworden. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kita- und Krippenplatz.

Vor Weihnachten hat die Freie Wählergemeinschaft Barmstedt (FWB) verkündet, der Bau der



Klaus Kuberzig



Kita „findet unsere vollste Unterstützung“. Die Formulierung hätte aber heißen müssen „findet endlich unsere vollste Unterstützung“. Der zusätzliche Bedarf an Plätzen in Elementar- und Krippengruppen hat sich schon vor Jahren abgezeichnet. Wenn darauf gebaut wird zusätzliche Baugebiete auszuweisen und die Einwohnerzahl in Barmstedt zu erhöhen, ist es nur fol-

gerichtig auch die Infrastruktur weiter zu entwickeln. Und dazu gehören nun mal auch Kindergärten.

Die BALL hatte in den letzten fünf Jahren immer wieder den Bau einer weiteren Kita gefordert. Diese Forderung fand in den zuständigen Ausschüssen von Seiten der FWB, aber auch von den anderen Fraktionen keine ernsthafte Unterstützung. Und erst jetzt, wo die Warteliste knapp 100 Namen umfasst, gibt es auch von den anderen Rathausfraktionen Zustimmung.

Aber auch das ging und geht nicht reibungslos über die Bühne. Ursprünglich war für den Neubau ein Areal im Neubaugebiet „B72-b“ (östlich des SSV-Sportplatzes) vorgesehen. In Sitzungen des Bauausschusses wurde dieses Vorhaben jedoch mehrfach von der FWB torpediert, indem immer neue Vorschläge auf den Tisch gelegt wurden.

Letztlich wurde als Alternativstandort ein städtisches Gelände Ecke Düsterlohe/Große Gärtnerstraße, das jetzt vom Kreisjugendring genutzt wird, als

weitere Möglichkeit ins Spiel gebracht.

Gegen diesen Standort gibt es von Seiten der Anwohner berechnete Einwände. Sie sind der Meinung, – dass die Kita in das neue Wohngebiet gehört – dass eine Kita an der vielbefahrenen Großen Gärtnerstraße nicht optimal ist und – der gut besuchten Jugendbildungsstätte kein Gelände abgeknappst werden sollte.

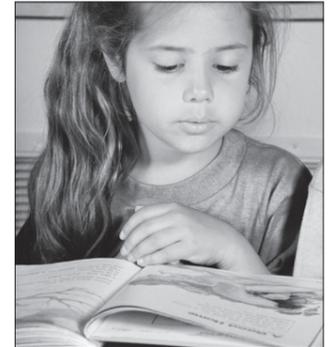
Durch die derzeitige Prüfung des neuen Alternativstandorts darf nach Meinung der BALL die Planung und Vorbereitung für den Neubau nicht noch weiter verzögert werden!

Und dann muss sich die Stadt mit der Frage befassen, wieviele weitere Kita-Plätze benötigt werden, wenn die Wohnungsbauten in der Gebrüderstraße („Papier-Schmidt“) und bei der GENO-Mühle abgeschlossen sind und die B-Pläne an der Gr. Gärtnerstraße (ehemalige Baumschule) und an der Düsterlohe bebaut sind.

BALL: Eltern bei Schulkosten entlasten!

Im Schulausschuss hat die BALL-Fraktion beantragt in den Schulen die Mittel für Lern- und Lehrmittel um 20 % aufzustocken. Hintergrund des Antrags ist, dass die Ansätze seit vielen Jahren nicht erhöht wurden und damit angesichts von Preissteigerungen real um 30, 40 % gekürzt wurden. Ziel des BALL-Antrags war es, die Eltern bei der Finanzierung von Lernmitteln, „Verbrauchsmaterialien“ usw. zu entlasten. Doch eine Mehrheit im Ausschuss von CDU, FWB, SPD und Grünen lehnte den BALL-Antrag ab. Zur Zeit erhebt die Stadt aufgrund einer BALL-Anfrage genaue Daten, wieviel die Eltern an den verschie-

denen Schulen im Jahr hinzuzahlen. Dann wird es einen erneuten Anlauf der BALL geben, die „Lernmittelfreiheit“ in den Barmstedter Schulen tatsächlich umzusetzen und so vor allem einkommensschwächere Familien und Alleinerziehende zu entlasten.



Müllverbrennungsanlage in Bützfleth (Stade)

Giftschleudererbau verhindern!

Im Bützfleth bei Stade ist der Bau einer gigantischen Müllverbrennungsanlage (MVA) geplant. Jährlich sollen dort mehr als 200.000 Tonnen Müll durch den Schornstein gejagt werden. Das ist das Zweieinhalbfache der Müllmenge, die in der MVA Tornesch-Ahrenlohe (80 000 t) verfeuert wird. Der Müll, der in der MVA Bützfleth verbrannt werden soll, entspricht den 10-fachen Müllkapazitäten des gesamten Landkreises Stade und soll per Schiff, Bahn und LKW nach Bützfleth transportiert werden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand sollen z. B. Hausmüll, Gewerbemüll, Industriemüll wie kontaminierte Industriefilter und Klärschlamm verbrannt werden. Diese verschiedensten Sorten Müll enthalten Schwermetalle aus Farben, Pigmenten und Stabilisatoren. Außerdem ist der Müll voller Halogene aus Weichmachern (in Kunststoffen enthalten), Flammschutz- und Konservierungsmitteln sowie aus vielen anderen Stoffen, die Vorstufen zu noch gefährlicheren giftigen Verbindungen sind, die während der Verbrennung entstehen können. Der Müll soll aus dem In-, vorwiegend aber aus dem Ausland angeliefert werden. Dadurch, ist eine konkrete Risikobewertung der zu verbrennenden Inhaltsstoffe und der entstehenden Abgase so gut wie unmöglich. Diese Produkte der Verbrennung gehen in unsere Haut, unser Ner-



hin, dass durch Feinstaub Krankheiten wie Asthma, Neurodermitis, chronische Bronchitis, gestörte Lungenfunktionen u.v.m. hervorgerufen werden können. Sie beobachten sogar Schädigungen des ungeborenen Lebens durch Feinstaub.

Die entstehenden Abgase werden mittels eines ca.100 Meter hohen Schornsteins in einem sehr großen Radius weitreichend in die Atmosphäre verteilt. Weite Teile des Kreises Pinneberg werden von der Giftschleuder betroffen sein, so auch der „Erholungsort“ Barmstedt.

Viele umliegende Gemeinden auf beiden Seiten der Elbe wehren sich gegen die zu erwartenden Umweltbelastungen. Der Stader Kreistag hat per Resolution einstimmig das Bemühen der Stadt Stade, die MVA zu verhindern, unterstützt. Die Stader Verwaltung, Obstbauern und Bützflether Bürger klagen gegen das Genehmigungsverfahren. Im Kreis Pinneberg werden die Klagen finanziell von Seester- mühle und der Stadt Uetersen unterstützt. Im Kreistag laufen Diskussionen zur Vorbereitung einer Resolution.

Die BALL-Fraktion hat im Umweltausschuss über die geplante Müllverbrennungsanlage informiert und vorgeschlagen, auf der nächsten Stadtvertreter-sitzung im Februar 2018 eine gemeinsame Resolution zu verabschieden.

ven- und Immunsystem. Die entstehenden Feinstäube werden über die Lunge aufgenommen und verteilen sich über die Blutbahn in die Organe und können dort Krebs auslösen. Feinstäube und andere unzählige Reaktionsprodukte breiten sich – mobilisiert und fein verteilt – nicht mehr rückholbar in der Umwelt und Natur aus. Damit gelangen sie auch in die Nahrungskette

und letztlich beim Menschen. Zudem entstehen bei der Verbrennung Asche, Schlacke und giftige Filterstäube.

Der in Deutschland und der EU geltende Grenzwert für Feinstaub liegt weit über den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO. Auch die Ärzte in Lungenfachkliniken halten die deutschen Grenzwerte für zu hoch. Sie weisen darauf

Mit dem Appell „**abrüsten statt aufrüsten**“ haben sich im November vier Gewerkschaftsvorsitzende, ein Nobelpreisträger, führende Vertreter und Vertreterinnen der Friedens- und Umweltbewegung, Künstler/innen, Wissenschaftler/innen, Engagier-te aus den Bewegungen für eine gerechte Welt an die Öffentlichkeit gewendet. Der Appell warnt vor weiterer Aufrüstung und fordert Abrüstung zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen. Alle sind aufgerufen, ihn zu unterzeichnen, weiterzuverbreiten und Unterschriften zu sammeln.

Hier der Aufruf:

Abrüsten statt aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Erstunterzeichner sind neben anderen

Dr. Wolfgang Biermann, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di | Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | Prof. Paul J. Crutzen, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender | Alex Rosen, Vorsitzender IPPNW Deutschland | Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) | Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung | Konstantin Wecker, Musiker, Komponist

Unterzeichnen kann man den Aufruf u.a. im Internet auf der Seite: www.abruesten.jetzt